Antrag

der Abg. Dr. Ulrich Goll u. a. FDP/DVP

und

Stellungnahme

des Ministeriums für Inneres, Digitalisierung und Migration

Einführung von Körperkameras, die Polizeiausbildung und die Unterbringung von Landesbediensteten

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,

1. wie der aktuelle Sachstand bei der Einführung sogenannter Körperkameras für die Polizei ist;
2. worauf die Verzögerungen bei der Einführung der Körperkameras beruhen;
3. wann mit der standardmäßigen Inbetriebnahme der Körperkameras zu rechnen ist;
4. inwieweit die Verzögerungen am europäischen Vergaberecht liegen, wie vom Abgeordneten Thomas Blenke MdL in der Landtagsdebatte am 12. April 2018 angegeben;
5. warum man dann die Anforderungen des europäischen Vergaberechts bei der Terminierung der Einführung der Körperkameras nicht hinreichend berücksichtigt hat;
6. wie hoch die Kosten für die Ermöglichung der Inbetriebnahme des Polizeiausbildungsstandorts Wertheim sein werden;
7. welche Kosten dem Land erspart geblieben wären, wenn man in der letzten Legislaturperiode den Polizeiausbildungsstandort Wertheim nicht aufgegeben hätte;
8. inwieweit sie für die Zeit der Ausbildung von Landesbediensteten die Unterbringung in Gemeinschaftszimmern und Einzelzimmern mit Toiletten und Duschen auf dem Flur für akzeptabel hält;

9. inwieweit sie die Zumutbarkeit von Unterbringungen während der Ausbildung und auf Dienstreisen von Besoldungsgruppen abhängig macht;
10. inwieweit sie es für zumutbar hält, wenn Angehörige des höheren Dienstes im Rahmen von innerdeutschen Dienstreisen für mehrere Tage Einzelzimmer mit Toiletten und Duschen auf dem Flur zugewiesen bekommen;
11. wann ihre verbeamteten Staatssekretäre zum letzten Mal auf innerdeutschen Dienstreisen seitens des Landes in Einzelzimmern mit Toiletten und Duschen auf dem Flur untergebracht wurden.

16.04.2018

Dr. Goll, Dr. Timm Kern, Dr. Rülke, Dr. Bullinger,
Weinmann, Dr. Schweickert, Dr. Aden, Hoher,
Haußmann, Glück, Reich-Gutjahr FDP/DVP

Begründung

Die Einführung von Körperkameras, die Polizeiausbildung und Unterbringung von Angehörigen der Landesverwaltung werfen Fragen auf.

Stellungnahme

Mit Schreiben vom 11. Mai 2018 Nr. 3-1142.9/53/21 nimmt das Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration in Abstimmung mit dem Ministerium für Finanzen zu dem Antrag wie folgt Stellung:

*Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,*

- 1. wie der aktuelle Sachstand bei der Einführung sogenannter Körperkameras für die Polizei ist;*
- 2. worauf die Verzögerungen bei der Einführung der Körperkameras beruhen;*

Zu 1. und 2.:

Anfang Oktober 2017 wurde das europaweite offene Vergabeverfahren zur landesweiten Einführung von Bodycams bei der Polizei Baden-Württemberg veröffentlicht. Im Rahmen der Angebotsprüfung mussten letztlich alle bis zum Ende der Ausschreibungsfrist eingegangenen Angebote aus formalen Gründen bzw. aufgrund mangelnder Kompatibilität zur vorhandenen IT-Infrastruktur der Polizei ausgeschlossen werden. Da eine Nachbesserung von Angeboten in solchen Fällen unzulässig ist, war das Verfahren aus vergaberechtlichen Gründen zwingend aufzuheben. Aktuell wird ein sogenanntes Verhandlungsverfahren mit vorgeschaltetem Teilnahmewettbewerb eröffnet.

3. wann mit der standardmäßigen Inbetriebnahme der Körperkameras zu rechnen ist;

Zu 3.:

Der Zeitlauf dieser Vergabeart hängt letztlich von der Anzahl der Bieter, der eingehenden Bieterfragen sowie der Anzahl der insgesamt erforderlichen Verhandlungsrunden ab und lässt sich im Vorfeld nicht konkret bestimmen. Daher kann zum jetzigen Verfahrensstand noch kein aktualisierter und belastbarer Einführungszeitpunkt benannt werden. Nach wie vor strebt das Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration Baden-Württemberg eine schnellstmögliche Einführung von Bodycams an.

4. inwieweit die Verzögerungen am europäischen Vergaberecht liegen, wie vom Abgeordneten Thomas Blenke MdL in der Landtagsdebatte am 12. April 2018 angegeben;

Zu 4.:

Der Innenausschuss des Landtags von Baden-Württemberg wurde bereits in seiner 19. Sitzung vom 21. Februar 2018 umfassend zur Verzögerung im Zusammenhang mit der beabsichtigten landesweiten Einführung von Bodycams informiert. Hierbei wurden die Gründe, die zur Aufhebung des Vergabeverfahrens führten, skizziert und darauf verwiesen, dass das Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration Baden-Württemberg weiterhin an einer verfahrenssicheren Durchführung des Vergabeverfahrens festhält.

Die Verzögerungen resultieren aus der Tatsache, dass das offene Verfahren – wie bereits unter Ziffer 1 beschrieben – aus rechtlichen Gründen zwingend aufzuheben war, da keiner der Bieter ein vergabefähiges Angebot vorgelegt hatte.

5. warum man dann die Anforderungen des europäischen Vergaberechts bei der Terminierung der Einführung der Körperkameras nicht hinreichend berücksichtigt hat;

Zu 5.:

Die dem offenen Vergabeverfahren zugrundeliegenden Zeitläufe wurden bei der Planung der landesweiten Einführung von Bodycams berücksichtigt. Aus den dargestellten Gründen war jedoch eine Aufhebung dieses Verfahrens zwingend erforderlich.

6. wie hoch die Kosten für die Ermöglichung der Inbetriebnahme des Polizeiausbildungsstandorts Wertheim sein werden;

Zu 6.:

Die zur Inbetriebnahme des Ausbildungsstandorts Wertheim notwendigen Baumittel werden grob auf rund 9 Mio. Euro geschätzt; für die notwendigen Mietmittel ergab eine erste Schätzung einen weiteren Bedarf von mind. 5,5 Mio. Euro für 5 Jahre.

7. welche Kosten dem Land erspart geblieben wären, wenn man in der letzten Legislaturperiode den Polizeiausbildungsstandort Wertheim nicht aufgegeben hätte;

Zu 7.:

Die Kosten, die dem Land erspart geblieben wären, wenn in der letzten Legislaturperiode der Ausbildungsstandort Wertheim nicht aufgegeben worden wäre, wurden nicht ermittelt. Grundsätzlich kann dazu aber Folgendes ausgeführt werden:

Der Standort Wertheim wurde bis Ende 2015 als Außenstelle der Akademie der Polizei als Fortbildungsstandort betrieben. Im Zeitraum vom 15. Oktober 2015 bis 30. September 2017 war in der ehemaligen Außenstelle Wertheim der Akademie der Polizei eine Erstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge (EA) eingerichtet. Wäre der Bildungsstandort Wertheim in der letzten Legislaturperiode nicht aufgegeben worden, wären an einer anderen Liegenschaft dem Land Baden-Württemberg Kosten für die Einrichtung einer EA entstanden.

Für die Nutzung als zusätzlichen Ausbildungsstandort im Zusammenhang mit der Einstellungsinitiative 3 der Polizei muss zusätzliche Fläche geschaffen werden. Weiterhin müssen die Bestandsgebäude in Teilen baulich ertüchtigt sowie an neue technische und sicherheitstechnische Anforderungen angepasst werden.

8. inwieweit sie für die Zeit der Ausbildung von Landesbediensteten die Unterbringung in Gemeinschaftszimmern und Einzelzimmern mit Toiletten und Duschen auf dem Flur für akzeptabel hält;

Zu 8.:

Die Unterbringung von Landesbediensteten in Gemeinschaftszimmern mit Toiletten und Duschen auf dem Flur für die Zeit der Ausbildung orientiert sich an den aktuellen baulichen und finanziellen Gegebenheiten. Auch während des Studiums werden von Studierenden teilweise Unterbringungsmöglichkeiten in Doppelzimmern und Einzelzimmern mit gemeinsamer Sanitäreinrichtung genutzt.

Im Hinblick auf zukünftige Unterbringungsmöglichkeiten befasst sich das Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration Baden-Württemberg unter Berücksichtigung der Wirtschaftlichkeit der baulichen und finanziellen Rahmenbedingungen auch intensiv mit Optimierungsmöglichkeiten.

9. inwieweit sie die Zumutbarkeit von Unterbringungen während der Ausbildung und auf Dienstreisen von Besoldungsgruppen abhängig macht;

Zu 9.:

Die Auswahl von Unterkünften bei Dienstreisen ist nach den reisekostenrechtlichen Vorschriften des Landes unabhängig von einer bestimmten Besoldungsgruppe. Darüber hinaus sind Dienstreisen, ebenfalls unabhängig von der Besoldungsgruppe, sparsam und wirtschaftlich durchzuführen. Hierauf ist von den Dienstreisenden bereits bei der Planung zu achten. Was die Unterbringung auf Dienstreisen betrifft, so haben die Dienstreisenden Hotelbuchungen grundsätzlich selbst vorzunehmen und die Hotelrechnungen selbst zu bezahlen. Für die Erstattung von Übernachtungskosten gelten Obergrenzen.

10. inwieweit sie es für zumutbar hält, wenn Angehörige des höheren Dienstes im Rahmen von innerdeutschen Dienstreisen für mehrere Tage Einzelzimmer mit Toiletten und Duschen auf dem Flur zugewiesen bekommen;

Zu 10.:

Gemäß § 10 Absatz 2 Satz 2 Landesreisekostengesetz (LRKG) erstattet das Land die notwendigen Kosten für eine Übernachtung im Rahmen einer Dienstreise. Durch die Verwaltungsvorschriften zum LRKG wird lediglich die Höhe der notwendigen Kosten für eine Übernachtung näher konkretisiert und Ausnahmen hiervon geregelt. Vorgaben zur Zimmerausstattung während einer Dienstreise oder Ähnliches bestehen nicht. Die Auswahl der Übernachtungsstätte obliegt daher der dienstreisenden Person selbst.

11. wann ihre verbeamteten Staatssekretäre zum letzten Mal auf innerdeutschen Dienstreisen seitens des Landes in Einzelzimmern mit Toiletten und Duschen auf dem Flur untergebracht wurden.

Zu 11.:

Die verbeamteten Staatssekretäre bzw. die verbeamtete Staatssekretärin waren auf innerdeutschen Dienstreisen seitens des Landes bislang nicht in Einzelzimmern mit Toiletten und Duschen auf dem Flur untergebracht.

In Vertretung

Württemberg

Staatssekretär